

Partizipation in Göttingen

Die Jugend will ihr Parlament

Die Jugendbeteiligung in Göttingen stand bislang nicht im Fokus – eine Grüne Initiative hat es vermocht, aktive Jugendliche zu vernetzen. Diese erarbeiteten selbst ein Konzept für ein Jugendparlament in Göttingen – was 2020 an den Start gehen wird.

> Ina Jacobi, Regina Meyer und Susanne Stobbe

Am Anfang stand die Erkenntnis, dass es in Göttingen zu wenige Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche gibt. Nicht gehört zu werden, wenn es um Themen wie Radwegeausbau, Tempolimit, kostenlosen ÖPNV oder mangelnde schulische Sozialarbeit geht, hat engagierte Jugendliche frustriert.

Und nicht nur diese; auch die Grüne Fraktion sah das deutliche Ungleichgewicht: Der Rat der Stadt Göttingen ist überwiegend mit Menschen jenseits der Fünfzig besetzt. Zusätzlich gibt es für Ältere etwa über den SeniorInnenbeirat Partizipationsmöglichkeiten – für die jüngere Generation existiert Vergleichbares noch nicht. Diese wurden bislang lediglich bei Projekten punktuell mit einbezogen, etwa bei der Gestaltung von Spielplätzen.

„Du willst mitreden?“

Also suchte die Grüne Fraktion Ende 2017 das Gespräch mit der Jugend: „Du willst mitreden? Jugendbeteiligung in Göttingen. Jetzt“ lautete der Titel der Nachmittagsveranstaltung in einer Göttinger Diskothek. Explizit eingeladen wurden die Jugendorganisationen der Parteien, der Stadtjugendring und der Schülervertreter des städtischen Schulausschusses. Via Facebook und Flyerverteilung rund um die weiterführenden Schulen sollten auch bisher nicht organisierte Jugendliche erreicht werden.

Das gelang, die Diskothek war voll. Gegenübergestellt wurden die Konzepte des temporären Pop-up-Jugendparlaments



Abhängen war gestern, jetzt wird das Jugendparlament gewählt Foto: Habila Mazawaje / Unsplash

„Pimp Your Town“ und das fest institutionalisierte Jugendparlament von Aschaffenburg. Außerdem ging es um projektbezogene und Online-Beteiligung.

Eine selbst organisierte Arbeitsgruppe feilt am Konzept

Noch in der Diskothek trugen sich Interessierte in eine Liste ein: So entstand eine über- und außerparteiliche Arbeitsgruppe von etwa 20 engagierten Jugendlichen. Über ein halbes Jahr hinweg ha-

ben sie selbst organisiert intensiv miteinander gearbeitet. Im Mai 2018 sind die Jugendlichen mit ihrem Vorschlag für ein Jugendparlament auf alle im Rat vertretenen Fraktionen zugekommen.

Die Ratsmitglieder waren sichtlich überrascht, gleich ein so ausgefeiltes Konzept für ein Jugendparlament vorgelegt zu bekommen. Keine Jugendbeiräte, keine temporären Beteiligungsmodelle, sondern ein institutionalisiertes Jugend-

parlament mit Satzung, zweijährigem Wahlturnus und klaren Forderungen an die Ratsleute: Rede- und Antragsrecht in (fast) allen Ausschüssen, eine hauptamtliche Unterstützung, ein festes Budget und Wahlen an den Schulen.

Breite Mehrheit im Rat

Interfraktionell war schnell klar: Wir wollen die Jugend unterstützen. Die Grünen hatten zwar die Initialzündung gegeben – mehr aber auch nicht. In der Arbeitsgruppe waren Mitglieder aus den Jugendverbänden verschiedener Parteien und aus anderen Organisationen ebenso vertreten wie bisher noch nicht organisierte Jugendliche.

Mit einem gemeinsamen Antrag von Grünen, CDU, FDP, Piraten, die Partei und Göttinger Linke war schnell die erste Hürde genommen. Er entsprach fast eins-zu-eins dem Forderungskatalog der Jugendlichen. Die Verwaltung bekam den Arbeitsauftrag, mit den Ju-

gendlichen gemeinsam die Details des Konzeptes für ein Jugendparlament auszuarbeiten. Lediglich die SPD hat sich deutlich gegen das Jugendparlament positioniert. Sie hielten es für undemokratisch. Die anderen Fraktionen konnten dieses nicht nachvollziehen: Die Forderung nach einem eigenen Parlament der Jugendlichen war das Ergebnis nach deren Beteiligung! Warum sollte nach SPD-Meinung noch eine Runde gedreht werden und die Jugendlichen genau durch diesen Bürokratismus entmündigt und ihr Engagement entwertet werden?

Letzte Hürde: Die Finanzierung

Entsprechend hoch war die Finanzierungshürde: Nach zähen rot-grünen Verhandlungen gelang es, im Haushalt 2019/2020 die benötigten Mittel für das Jugendparlament¹ bereitzustellen: Personalkosten für eine halbe Verwaltungs-Stelle und pro Jahr 4.300 Euro Sachkosten sowie 10.000 Euro Budget. Für letzteres ist eine dreiprozentige Dy-

namisierung vorgesehen. Die Durchführung der Wahlen ist mit 9.700 Euro veranschlagt.

Damit setzte die Grüne Fraktion durch, dass das Jugendparlament so schnell wie möglich an den Start gehen kann – denn auch der Kriechgang mancher Ratsentscheidungen ist Gift für die Motivation beteiligungswilliger Menschen allen Alters. Die Verwaltung bereitet derzeit die Wahlen vor, die im Herbst 2019 stattfinden werden. Erstmals zusammenkommen wird das frisch gewählte Jugendparlament im Januar 2020.

1) Satzung für das einzurichtende Jugendparlament, Vorlage FB51/0677/19

> Ina Jacobi ist Geschäftsführerin der Grünen Fraktion der Stadt Göttingen. Regina Meyer und Susanne Stobbe sind Mitglieder der Grünen Fraktion im Rat der Stadt Göttingen.

Anzeige



RaumPlanung 202 / 3/4-2019

Onlinehandel und Raumentwicklung

Der digitale Einkauf stellt einen Gegenpol zum stationären Handel dar. Einkaufsgewohnheiten verändern sich in Richtung des Onlinehandels. Aktuelle Ansätze in Bezug auf die Raumentwicklung beschränken sich nicht allein auf verödennde Innenstädte, sondern gehen von Nutzungskonflikten bis hin zur Dysfunktionalität durch Zustellungsverkehr auf „der letzten Meile“ aus.

Jahresabonnement 91 € (inkl. 10 € Versandkosten),
 Einzelpreis 19 € (zzgl. Versandkosten), 6 Ausgaben pro Jahr

SRL-Mitglieder können das Jahresabonnement der RaumPlanung zum halben Preis beziehen:
 Statt 91 € nur 51 € (inkl. 10 EUR Versandkosten)

Informationskreis für Raumplanung (IfR) e.V.
 Gutenbergstraße 34, 44137 Dortmund
 Tel. 0231 7595-70 info@ifr-ev.de, www.ifr-ev.de